

**Kassenärztliche Vereinigung Saarland
Körperschaft des öffentlichen Rechts**

Vorsitzender des Vorstandes

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

Vorsitzender der Vertreterversammlung

Europaallee 7–9

66113 Saarbrücken

Wadern, 28. August 2026

Medizinische Versorgung im nördlichen Saarland

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Derouet,
sehr geehrter Herr Rehlinger,

vielen Dank für Ihre schnelle Stellungnahme zu unserem Transparenzpapier und dem damit verbundenen Fragenkatalog.

Ihre Antwort enthält eine Reihe von Erläuterungen und Positionierungen, für die wir dankbar sind. Einen großen Teil unserer Fragen beantwortet sie allerdings leider nicht. Befremdlich finden wir dabei Ihre Feststellung, unser Anschreiben und unser Transparenzpapier gingen von „grundsätzlich falschen Prämissen“ aus. Sie schreiben uns insbesondere die Auffassung zu, die Nichtunterzeichnung des Letter of Intent durch die KVS verhindere die Umsetzung des Modellprojekts.

Das haben wir allerdings weder in unserem Anschreiben noch in unserem Transparenzpapier behauptet. Im Gegenteil: An verschiedenen Stellen wird ausdrücklich deutlich und nachdrücklich betont, dass uns die unterschiedlichen gesetzlichen Zuständigkeiten der beteiligten Akteure bekannt sind. Und Sie dürfen uns nach neun Jahren Diskussion zu und über dieses Thema zutrauen, dass wir wissen, dass die KVS den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag für die ambulante vertragsärztliche Versorgung trägt und nicht für Krankenhausplanung oder Krankenhausversorgung zuständig ist. Ebenso haben wir zu keinem Zeitpunkt behauptet, dass die KVS durch ihre Nichtunterzeichnung über ein rechtliches Vetorecht gegen das Modellprojekt verfügt. Auch öffentlich haben wir mehrfach erklärt, dass das Projekt aus unserer Sicht keineswegs gescheitert ist.

Gerade deshalb möchten wir diesen Punkt klarstellen: Die unterschiedlichen Zuständigkeiten sind nicht eine von uns übersehene Voraussetzung der Diskussion, sondern ein wesentlicher Bestandteil unseres Transparenzpapiers. Unsere Fragen zielen gerade darauf, herauszufinden, wie die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten ineinandergreifen und wie daraus eine tragfähige medizinische Versorgung für unsere Region entstehen kann.

Ambulante und stationäre Versorgung lassen sich bei einem sektorenübergreifenden Ansatz nicht isoliert voneinander betrachten. Dass unterschiedliche Institutionen unterschiedliche gesetzliche Aufgaben haben, steht dem nicht entgegen – es macht deren Zusammenarbeit vielmehr notwendig.

Vor diesem Hintergrund halten wir auch an der grundsätzlichen Berechtigung der von uns gestellten Fragen fest. Das gilt beispielsweise für die Frage, wie die Entscheidung innerhalb der KVS zustande gekommen ist, welche Gremien einschließlich der Vertreterversammlung damit befasst waren und ob und wie die Ärztinnen und Ärzte der betroffenen Region in die Meinungsbildung einbezogen wurden. Ebenso halten wir die Fragen nach den konkreten finanziellen und personellen Auswirkungen, den Grundlagen Ihrer Einschätzung zu möglichen „Parallelstrukturen“ sowie nach der langfristigen Strategie der KVS zur Sicherstellung der ambulanten Versorgung für legitim.

Uns ist dabei besonders wichtig, dass die Menschen und Akteure vor Ort in diese Diskussion einbezogen werden. Deshalb haben wir uns selbst nicht darauf beschränkt, unsere eigene kommunale Sicht zu formulieren. Wir haben den Austausch mit den Hausärztinnen und Hausärzten und weiteren Beteiligten gesucht und wollen deren Erfahrungen und Einschätzungen auch weiterhin in diesen Prozess einbeziehen. Denn letztlich geht es um die konkrete Versorgungssituation einer Region und um die Menschen, die diese Versorgung heute gewährleisten beziehungsweise künftig gewährleisten sollen.

Wir möchten deshalb an dieser Stelle nicht sämtliche offenen Einzelfragen unseres Transparenzpapiers erneut aufrufen. Das wäre auch wenig sinnvoll, sie liegen Ihnen ja auch vor. Die Fragen bleiben bestehen, und wir wären Ihnen nach wie vor für deren Beantwortung sehr dankbar. Für das Verständnis Ihrer Entscheidung sind für uns insbesondere folgende Punkte von Bedeutung:

- die Entscheidungsfindung innerhalb der KVS einschließlich einer möglichen Befassung der Vertreterversammlung,
- die Einbeziehung der Haus- und Fachärztinnen und -ärzte der betroffenen Region,
- die konkreten finanziellen und personellen Auswirkungen einer Beteiligung der KVS,
- die Datengrundlage für die von Ihnen beschriebenen negativen Auswirkungen und „Parallelstrukturen“
- sowie die langfristige Strategie der KVS zur Sicherstellung der ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung im nördlichen Saarland.

Diese Fragen stellen wir nicht, um eine bereits getroffene Entscheidung nachträglich zu skandalisieren oder Verantwortliche für deren Scheitern zu suchen. Wir stellen sie, weil wir verstehen wollen, auf welchen Grundlagen Entscheidungen getroffen wurden und welche Konsequenzen daraus für den weiteren Weg gezogen werden können.

Noch wichtiger als die Aufarbeitung der bisherigen Entscheidung ist für uns allerdings die Frage, die hinter unserem gesamten Transparenzpapier steht: Wie stellen wir gemeinsam sicher, dass die Menschen im nördlichen Saarland auch in zehn oder fünfzehn Jahren noch eine verlässliche ambulante medizinische Versorgung vorfinden?

In Ihrer Stellungnahme lassen Sie erhebliche Skepsis gegenüber der Funktionsfähigkeit einer sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtung erkennen und weisen unter anderem darauf hin, dass in unmittelbarer Nähe bereits ein insolventes Krankenhaus nur mit erheblichen öffentlichen Mitteln aufrechterhalten werden könne. Gleichzeitig stellen Sie selbst fest, dass bereits heute Ärztinnen und Ärzte fehlen und freie Sitze teilweise nicht besetzt werden können. Diese Analyse zeigt aus unserer Sicht gerade, wie groß der Handlungsbedarf ist.

Denn dass Ärztinnen und Ärzte fehlen, beschreibt zunächst das Problem. Entscheidend ist, welche Antwort wir darauf geben. Was bedeutet die Sorge vor einer „Parallelstruktur“, wenn bestehende Praxen in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren altersbedingt aufgegeben und nicht wiederbesetzt werden können? Wie viele der heute bestehenden Praxen werden dann noch vorhanden sein? Welche Rolle können künftig Anstellungsverhältnisse, Teilzeitmodelle, Medizinische Versorgungszentren, größere medizinische Einheiten und neue Teamstrukturen spielen? Und wie schaffen wir Arbeitsbedingungen, unter denen eine neue Ärztegeneration bereit ist, im ländlichen Raum tätig zu werden?

Genau an diesem Punkt möchten wir den Blick stärker nach vorne richten. Wenn eine sektorenübergreifende Versorgungseinrichtung, wie sie bislang diskutiert wurde, aus Ihrer Sicht nicht der richtige Weg ist, interessiert uns umso mehr: Welchen Weg hält die KVS für geeignet, um die ambulante Versorgung im nördlichen Saarland 2030, 2035 und darüber hinaus sicherzustellen?

Dabei wissen wir, dass keine Institution diese Herausforderung allein bewältigen kann. Land, KVS, Krankenkassen, Krankenhausträger, Kommunen und Ärzteschaft haben unterschiedliche Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Auch wir als Kommune könnten darauf verweisen, dass die Sicherstellung der medizinischen Versorgung nicht zu unseren gesetzlichen Aufgaben gehört. Das tun wir bewusst nicht. Denn für die Menschen ist letztlich entscheidend, dass Versorgung funktioniert – und nicht, an welcher institutionellen Grenze eine notwendige Lösung endet. Gerade deshalb müssen diejenigen, die jeweils Verantwortung tragen, ihre Möglichkeiten zusammenbringen.

Unsere Enttäuschung über die Nichtunterzeichnung des Letter of Intent war der konkrete Anlass für unser Transparenzpapier. Das eigentliche Anliegen geht aber weit darüber hinaus. Es geht nicht darum, Schuldige zu suchen oder jemandem den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben. Das haben wir von Beginn an mehrfach betont – öffentlich und auch in unserem Anschreiben an Sie. Es geht uns vielmehr darum, zu verstehen, Hindernisse zu identifizieren und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Das Modellprojekt im nördlichen Saarland ist dabei aus unserer Sicht ein wichtiger Baustein – die dahinterstehende Frage nach einer zukunftsfähigen Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum ist jedoch wesentlich größer.

Vielleicht ist deshalb der nächste sinnvolle Schritt, die Diskussion nicht ausschließlich schriftlich fortzuführen. Wir würden es begrüßen, mit Ihnen persönlich darüber zu sprechen, wie Sie die Entwicklung der ambulanten Versorgung in unserer Region einschätzen, welche Lösungsansätze die KVS sieht und wo möglicherweise trotz unterschiedlicher Bewertungen gemeinsame Ansatzpunkte bestehen. Ein solches Gespräch könnte aus unserer Sicht helfen, die Diskussion von der Bewertung des bisherigen Prozesses stärker auf die gemeinsame Gestaltung der kommenden Jahre zu richten.

Ihre Bitte, Ihre Stellungnahme überall dort zugänglich zu machen, wo wir unser Transparenzpapier veröffentlicht haben, greifen wir selbstverständlich auf. Genau diesen offenen Weg haben wir bewusst gewählt. Wir werden Ihre Position deshalb ebenso transparent machen wie unsere Fragen und unsere eigenen Einschätzungen. Transparenz ist für uns keine Einbahnstraße.

Bei allen unterschiedlichen Bewertungen sollte uns letztlich ein gemeinsames Ziel verbinden: die medizinische Versorgung der Menschen im nördlichen Saarland dauerhaft und zukunftsfähig sicherzustellen. Wenn wir uns auf dieses gemeinsame Ziel konzentrieren, sollte es möglich sein, auch aus unterschiedlichen Ausgangspositionen heraus miteinander ins Gespräch zu kommen und nach tragfähigen Lösungen zu suchen.

Mit freundlichen Grüßen



Jochen Kuttler
Bürgermeister der Stadt Wadern



Bernd Schröder
Sprecher der Bürgerinitiative Nordsaarlandklinik